

Streiks im Westjordanland – droht der finanzielle Kollaps der PA?

Die Palästinensische Autonomiebehörde in Bedrängnis

Steven Höfner, Selina Engelberth

Drei Monate lang war die öffentliche Schulbildung im Westjordanland ausgesetzt. Die Lehrer bestreikten die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) mit der Forderung nach besserer und insbesondere vollständiger Bezahlung. Mit einem Gehalt von etwa 770 € im Monat haben sie es grundsätzlich schwer über die Runden zu kommen. Zudem hat die PA vor 1,5 Jahren das Gehalt aller Beamten aufgrund eines Haushaltsdefizits um 20 Prozent gekürzt. Die PA-Regierung argumentierte, dass sie aufgrund der Einbehaltung ihrer Steuereinnahmen durch Israel nicht in der Lage sei, alle Gehälter vollständig zu zahlen. Obwohl die Lehrer kurz vor den Sommerferien ihren Dienst wiederaufgenommen haben, ist die Krise noch nicht bewältigt.

Grundsätzlich können Staaten (oder staatenartige Strukturen) insbesondere auf zwei Quellen öffentlichen Einkommens zurückgreifen: Steuern und Renten.¹ Auch die PA ist auf ebendiese Einnahmen zur Deckung ihrer Ausgaben angewiesen. Jedoch handelt es sich bei der PA nicht um die Regierung eines unabhängigen und souveränen Staates, sondern sie steht in einem doppelten finanziellen Abhängigkeitsverhältnis: Einerseits durch die Besatzungssituation, andererseits durch internationale Hilfgelder.

In den 1990er Jahren verhandelte die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) erstmals im Kontext der Oslo-Verhandlungen mit Israel um ein Abkommen über die Rahmenbedingungen palästinensischer ökonomischer Aktivitäten und Außenbeziehungen. 1994 wurde das Pariser Protokoll² unterzeichnet und 1995 mit einigen Modifikationen in das Oslo-II-Abkommen (Oslo II)³ integriert. Dieses sollte ursprünglich für eine Übergangszeit von fünf Jahren gelten, ist jedoch bis heute in Kraft. Somit gibt es weiterhin den Rahmen der palästinensischen Finanz- und Wirtschaftspolitik vor. Ziel des Abkommens war unter anderem, die Entwicklung der palästinensischen Wirtschaft durch die Anbindung an die israelische Wirtschaft zu ermöglichen.

Oslo II teilt die Einnahmen der PA in drei Kategorien auf. Erstens, innerstaatliche Einnahmen, hauptsächlich generiert aus indirekten Steuern auf Güter und Dienstleistungen, sowie einige direkte Steuern auf Einkommen und Unternehmen. Die Einnahmen aus dieser ersten Kategorie unterliegen der direkten Kontrolle der PA. Zweitens, die Zoll- und Steuereinnahmen⁴ durch Importe in die palästinensischen Gebiete. Diese unterliegen der vollen Kontrolle der israelischen Regierung und sollen monatlich an die PA überführt werden. Drittens, die ausländischen Hilfgelder, die durchschnittlich 30% des PA-Haushalts ausmachen. Das Abkommen erzeugt somit ein doppeltes finanzielles Abhängigkeitsverhältnis der PA. Einerseits von der israelischen Besatzung und andererseits von internationalen Geldgebern, was mitunter zu Engpässen im PA-Budget führt, wenn Finanzmittel nicht planmäßig bei der PA eingehen.

Verwaltung von Einnahmen durch Israel

Der Transfermechanismus der palästinensischen Zoll- und Steuereinnahmen durch Israel an die PA läuft nach Oslo II wie folgt ab: Die PA ist für die Sicherstellung entsprechender Nachweise palästinensischer Händler über die Zahlung von Zoll und Steuern an die

¹ Renten sind allgemein (Anteile von) Einkünfte(n), die ein Zahlungsempfänger ohne Gegenleistung erhält. Im Kontext der PA sind dies insbesondere internationale Hilfszahlungen, die in ihr Budget einfließen.

² [Gaza-Jericho Agreement](#): Annex IV - Protocol on Economic Relations between the Government of the State of Israel and the P.L.O., representing the Palestinian people

³ [Israeli-Palestinian Interim Agreement on the West Bank and the Gaza Strip - Annex V - Protocol on Economic Relations](#)

⁴ Original: clearance revenue

israelischen Behörden beim Import internationaler Güter in die Palästinensischen Gebiete verantwortlich. Liegen diese einwandfrei vor, überführt die israelische Regierung monatlich die entsprechenden Beträge an die PA. Im Jahr 2022 machten diese 69 Prozent der Gesamteinnahmen der PA aus.⁵ Die Transferzahlungen umfassen auch weitere Gelder, wie die Gebühren, die bei der Ausreise über die Allenby-Brücke an die Behörden zu entrichten sind. Laut Oslo II steht die Hälfte dieser Gebühren der PA zu.⁶ Der formale Prozess dieser wichtigen palästinensischen Einnahme wird durch die Einbindung der israelischen Behörden jedoch nicht nur erschwert, sondern auch durch entsprechende Einbehaltungen als Sanktionsmittel genutzt.

Da der Importprozess fast ausschließlich von den israelischen Behörden geregelt wird, sind palästinensische Händler von diesen abhängig. Diese begünstigen zum einen den israelischen Privatsektor, beispielsweise indem Palästinenser gezwungen sind sich während des Importprozesses von israelischen Firmen vertreten zu lassen, sowie Lagergebühren an israelische Zolllager zu zahlen. Auch der Transport der Ware aus den Häfen in die Palästinensischen Gebiete muss durch israelische Firmen abgewickelt werden. Zum anderen verleiten diese komplizierten und kostspieligen Importverfahren palästinensische Händler dazu mit israelischen Zwischenhändlern zusammenzuarbeiten. Statt direkter Abwicklung importieren palästinensische Händler Güter über israelische Zwischenhändler. Diese Strategie verkürzt die Importzeit für palästinensische Händler um 75 Prozent und reduziert die Gesamtkosten um 60 Prozent.⁷ Da mit dem Pariser Protokoll auch eine Zollunion zwischen Israel und den Palästinensischen Gebieten gegründet wurde, werden zwar Zoll und Mehrwertsteuer auf internationale Importe in die Palästinensischen Gebiete, jedoch nicht auf Importe aus Israel erhoben. Somit

wird durch den Umweg über israelische Zwischenhändler ein bedeutender Anteil an Steuereinnahmen der PA in die israelische Staatskasse umgeleitet.

Darüber hinaus wurde in Oslo II festgeschrieben, dass die israelischen Behörden drei Prozent jeder Transferzahlung einbehalten, um die mit der Steuereintreibung verbundenen Verwaltungskosten abzudecken.

Neben den Einbußen der PA in Bezug auf die Höhe der generierten Steuereinnahmen läuft auch der anschließende Transfer nicht reibungslos ab. Ein großer Teil der Gelder, die eigentlich der PA zustehen, wird von der israelischen Regierung zurückgehalten. Diese macht sich das Abhängigkeitsverhältnis zu Nutze, indem sie die Freigabe der Zoll- und Steuereinnahmen als politisches Sanktionsmittel einsetzt.

Das findet insbesondere mit Bezug auf Zahlungen der PA an Palästinenser und deren Angehörige, die im Kontext gewaltsamer Auseinandersetzungen mit Israel getötet, verletzt oder verhaftet wurden, statt. Den israelischen Behörden zufolge haben sich diese dem Terrorismus verschrieben, aus palästinensischer Sicht leisten sie legitimen Widerstand gegen die Besatzung. Die PA hat den 2004 mit dem *Law of Prisoners No. 19* den sogenannten „Märtyrerfonds“ eingeführt, um Palästinenser, die sich an der Zweiten Intifada beteiligt haben, zu unterstützen. Der Fonds erhielt 2013 mit der *Government Decision No. 15* eine Erweiterung, indem ehemals Inhaftierte in den öffentlichen Dienst gestellt werden und weitere Vorteile der öffentlichen Hand genießen. Diese Zahlungen belaufen sich insgesamt auf über 300 Millionen Dollar pro Jahr, etwa acht Prozent des PA-Haushalts.⁸

Somit werden zum einen Zahlungen an in israelischen Gefängnissen Inhaftierte geleistet

⁵ Basierend auf Daten des [Palästinensischen Finanzministeriums](#)

⁶ [Israeli-Palestinian Interim Agreement, Annex I](#): Protocol Concerning Redeployment and Security Arrangements

⁷ Iqtait, A. (2021): The Palestinian Authority Political Economy. The Architecture of Fiscal Control, in: Tartir, A., Dana, T. & Seidel, T.

(Hrsg.): Political Economy of Palestine. Critical, Interdisciplinary, and Decolonial Perspectives, S. 262.

⁸ [Israel Policy Forum](#): Palestinian Prisoner and Martyr Payments explained.

tet, die beispielsweise für Angriffe auf jüdische Israelis verurteilt wurden, oder sich lediglich in Untersuchungshaft befinden. Darüber hinaus leistet die PA auch Zahlungen an die Angehörigen von Palästinensern, die im Rahmen des Konfliktes getötet wurden. Auch in diesem Kontext handelt es sich sowohl um Personen, die Angriffe auf Israelis ausgeführt oder sich an bewaffneten Auseinandersetzungen beteiligt haben, als auch um Unbeteiligte, die beispielsweise durch israelische Militäreinsätze getötet wurden oder den „Kollateralschäden“ zugerechnet werden.

Entsprechende Zahlungen werden regelmäßig von israelischer Seite unter dem Slogan „Pay for Slay“ zusammengefasst und der PA damit die direkte Finanzierung und somit Unterstützung des Terrorismus vorgeworfen. Die Knesset, das israelische Parlament, hat 2018 ein Gesetz verabschiedet, das vorschreibt die Zoll- und Steuereinnahmen der PA in Höhe der Märtyrerzahlungen einzubehalten und an ein Kompensationsprogramm für israelische Opfer palästinensischer Angriffe auszahlungen. Unabhängig von der Bewertung der entsprechenden Verwendung generierter Zoll- und Steuereinnahmen ist ihre Einbehaltung im Pariser Protokoll nicht vorgesehen, handelt es sich dabei doch um die Steuergelder der PA.

Aber auch in anderen Kontexten versucht die israelische Regierung, auf die palästinensische Politik mittels der Transferzahlungen einzuwirken. So hat die PA sich beispielsweise lange Zeit bei den Vereinten Nationen (VN) für die Überprüfung der israelischen Besatzung hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit dem Völkerrecht durch den Internationalen Gerichtshof (IGH) eingesetzt. Im Dezember 2022 wurde der IGH durch eine Abstimmung in der VN-Generalversammlung mit einem entsprechenden Gutachten beauftragt. Als Reaktion darauf entschied das israelische Sicherheitskabinett, weitere 39 Millionen Dollar der PA einzubehalten.⁹

Trotz der hohen Summen, die dem PA-Haushalt so fehlen, scheint es zurzeit sowohl auf der Führungsebene der PA als auch in der Zivilgesellschaft kein Interesse zu geben, die Märtyrerzahlungen auszusetzen. Die Palästinenser halten an der Ansicht fest, dass die Märtyrerzahlungen wohlfahrtstaatliche Leistungen darstellen. Al Jazeera-Journalist Harry Fawcett argumentierte nach der Verabschiedung des israelischen Kompensationsgesetzes, dass die palästinensische Gesellschaft das Wohlfahrtssystem als Teil des Lebens unter Besatzung ansehe und es für die PA-Regierung somit „politisch undenkbar“ sei, dieses abzuschaffen – erst recht nicht als Folge israelischen Drucks.¹⁰ Unter anderem aufgrund der Märtyrerzahlungen wurden in der Vergangenheit allerdings auch regelmäßig internationale Hilfsgelder an die Palästinenser gestrichen. Da sich die PA-Regierung jedoch der innenpolitischen Brisanz dieser Zahlungen und der Ablehnung ihrer Aussetzung in der Mehrheitsbevölkerung bewusst ist, nimmt sie die dadurch dringend benötigten Einsparungen an anderer Stelle vor. So werden unter anderem die Gehälter von Beamten gekürzt, was auch Lehrer an den öffentlichen Schulen betrifft.

Direkte Steuereinnahmen der PA

Die PA versucht zwar auch direkte Steuereinnahmen zu generieren, entsprechende Steuerbestimmungen werden jedoch kaum eingehalten. Das ist zum einen auf die Unfähigkeit der PA Steuern einzutreiben, zum anderen auf einen fehlenden Gesellschaftsvertrag zurückzuführen. Im Jahr 2021 entsprachen die direkten Steuereinnahmen der PA nur acht Prozent der gesamten Steuereinnahmen.¹¹ Direkte Steuern bilden in funktionierenden staatlichen Strukturen allerdings die Grundlage zur Etablierung sozialer und Steuergerechtigkeit. Da durch indirekte Steuern alle Bürger gleichermaßen belastet werden, wird der ärmere Teil der Gesellschaft durch den geringen Anteil an direkten

⁹ AP News: New Israeli government takes steps to penalize Palestinians.

¹⁰ Al Jazeera: Israel to withhold millions of dollars in Palestinian funds.

¹¹ REFORM: Which Tax System Do We Want?

Steuereinnahmen stärker von der PA belastet.

Darüber hinaus erhebt die PA je nach Einkommenshöhe 5 bis 15 Prozent auf individuelle Einkünfte. 5 Prozent werden dabei auf alle Jahreseinkommen bis einschließlich 75.000 NIS erhoben.¹² Das Durchschnittseinkommen im Westjordanland liegt jedoch bei etwa 40.000 NIS.¹³ im Jahr. So wird auch innerhalb des relativ geringen Anteils an direkten Steuern für den ärmeren Großteil der Bevölkerung kaum bei der Besteuerung unterschieden und entsprechende Steuerentlastungen für die unteren Einkommenschichten bleiben aus. Darüber hinaus gibt kaum staatliche Sozialhilfen und Absicherungen. Eine beitragspflichtige Sozialversicherung ist bis heute kaum verbreitet und nur Angestellte im öffentlichen Dienst profitieren von beitragsabhängigen sozialen Absicherungsmechanismen.¹⁴

Neben der Problematik der Steuergerechtigkeit mangelt es der PA auch an einem grundlegenden Vertrag mit der Gesellschaft. Ihre Strukturen sind undurchsichtig und der Verdacht auf Korruption und Vetternwirtschaft ist allgegenwärtig. Sobald also das Gefühl in der Gesellschaft aufkommt, dass die PA nicht in ihrem Interesse Leistungen erbringt und für eine gerechte und sinnvolle Verteilung der Steuereinnahmen an ihre Bürger sorgt, ist auch die Bereitschaft, Steuern zu zahlen, geringer. Zudem gibt es keine Garantien für den Fortbestand der PA, die jederzeit finanziell und politisch kollabieren könnte. Diese Unsicherheit erschwert die Einrichtung von Sozialkassen, denen die Bevölkerung dauerhaft vertrauen kann.

Internationale Hilfszahlungen

Da die PA kaum über direkt verfügbare Einnahmen aus den ersten beiden Kategorien generiert, ist sie in hohem Maße von Renten,

insbesondere in Form internationaler Hilfszahlungen, abhängig. Internationale Hilfszahlungen an die PA zur Haushaltsunterstützung machten 48 Prozent der gesamten Hilfszahlungen für die Palästinensischen Gebiete zwischen 1997 und 2017 aus, was durchschnittlich 30 Prozent der PA-Ausgaben entsprach. Zusammen mit den Zoll- und Steuereinnahmen, die durch die Israel verwaltet werden, wurden so 72 Prozent des PA-Haushalts gedeckt.¹⁵

Die Vergabe von Hilfsgeldern ist oft an (politische) Bedingungen geknüpft, die von den jeweiligen Gebern gesetzt werden, sodass sie ebenfalls als politisches Sanktionsmittel eingesetzt oder projekt- bzw. zweckgebunden vergeben werden können. So haben die Geber Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse.

So hat beispielsweise der damalige US-Präsident Donald Trump 2018 den Taylor Force Act.¹⁶ in Kraft gesetzt, welcher jegliche finanzielle Unterstützung der PA untersagt, solange sie die Märtyrerzahlungen tätigt. Auch die Ablehnung des von ihm ausgearbeiteten Friedensplans für den Nahostkonflikt.¹⁷ durch die Palästinenser hatte die Einfrierung von US-Zahlungen an die PA zur Folge. Darüber hinaus wurden unter Trumps Präsidentschaft auch bereits zugesicherte Zahlungen an das UN-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge (UNRWA) drastisch gekürzt, was eine akute Finanzkrise auslöste und die Gewährleistung humanitärer Leistungen ernsthaft bedrohte. Die chronische Unterfinanzierung der UNRWA und Beeinträchtigung der Zahlungsflüsse führte u.a. auch zu Streiks des Personals, die auch Lehrer an den UNRWA-Schulen im Westjordanland betrafen. Da die UNRWA eine UN-Behörde ist, stehen diese Streiks in keiner direkten Verbindung zu den Lehrerstreiks an den öffentlichen Schulen der PA.

¹² [Investment Promotion and Industrial Estates Agency \(PIPA\)](#)

¹³ [Palestinian Central Bureau of Statistics \(PCBS\)](#): Average Daily Wage in NIS for Wage Employees Aged 15 Years and Above in Palestine by Region and Governorate and Sex, 2020.

¹⁴ [International Labour Organization \(ILO\)](#) : Country Profile.

¹⁵ Iqtait, A. (2021): The Palestinian Authority Political Economy. The Architecture of Fiscal Control, in: Tartir, A., Dana, T. & Seidel, T.

(Hrsg.): Political Economy of Palestine. Critical, Interdisciplinary, and Decolonial Perspectives, S. 254.

¹⁶ [Taylor Force Act](#): 115th Congress Bill.

¹⁷ [Peace to Prosperity](#): A Vision to Improve the Lives of the Palestinian and Israeli People.

Auch arabische Staaten haben ihre Hilfszahlungen seit 2020 an die PA um über 80 Prozent reduziert.¹⁸ Der Einfluss der USA war dabei insbesondere auf jene arabischen Staaten groß, die im Rahmen der Abraham Accords.¹⁹ ihre Beziehungen zu Israel normalisiert haben. Bis heute wurden die Hilfszahlungen aus den entsprechenden arabischen Staaten – mit Ausnahme von Kuwait – nicht wiederaufgenommen.

Auch die Europäische Union (EU) hat in der Vergangenheit Anstrengungen unternommen, Hilfszahlungen an die PA an politische Bedingungen zu knüpfen. So gab es beispielsweise eine breite Debatte um die Finanzierung des Bildungswesens durch die EU im Zusammenhang mit dem von der PA vorgegebenen Lehrplan.

Neben einem Legitimitätsverlust aufgrund struktureller Probleme innerhalb der PA, vergrößert sich zudem die Kluft zwischen der palästinensischen Führung und der palästinensischen Zivilgesellschaft. So entfernen sich die Vorstellungen zur Entwicklung der palästinensischen Zukunft deutlich voneinander. Diese Kluft wird unter anderem durch den Wettbewerb um die benötigten internationalen Hilfsgelder intensiviert. Die verschiedenen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen sind schnell dazu verleitet, die Vorstellungen und Agenden der Geldgeber zu akzeptieren, um sich die Finanzierung und den damit verbundenen politischen Einfluss zu sichern. Diese Situation stärkt das Misstrauen in die offiziellen Institutionen und unterbindet eine gut durchdachte Koordination von nationalen Entwicklungsambitionen zwischen staatlichen und zivilen Institutionen.

Reformbedarf in der PA

Über die Probleme und Konflikte hinaus, die die Besatzung und die damit einhergehenden Abhängigkeiten mit sich bringen, muss

bei der Frage nach dem Haushaltsdefizit auch ins Innere der PA geblickt werden. Der palästinensischen NGO AMAN zufolge hatte die PA zwar angekündigt, Sparmaßnahmen zu ergreifen, das Haushaltsdefizit sei aber aus verschiedenen Gründen – wie dem Versagen, interne Ausgaben zu reduzieren und die Steuereintreibung zu verbessern – nicht nachhaltig verkleinert worden.²⁰

So fließt beispielsweise ein Drittel der PA-Ausgaben in den Sicherheitssektor und die Anzahl an Sicherheitskräften pro Zivileinwohner gehört zu den höchsten weltweit.²¹ Diese Sicherheitskräfte dienen insbesondere als autoritäres Werkzeug der palästinensischen Führung, um politische Teilhabe sowie Freiheitsrechte zu kontrollieren und einzuschränken. In der jüngsten Erhebung des Palestinian Center for Policy and Survey Research (PSR) gaben 32 Prozent der Befragten an, dass die PA-Führung die Beibehaltung der Sicherheitskooperation dem Schutz ihrer eigenen Bürger vorziehe.²²

Darüber hinaus spielen Intransparenz im Umgang mit PA-Mitteln sowie Korruption eine Rolle. Der Erhebung des PSR zufolge denken 82 Prozent der Palästinenser, dass es Korruption in den PA-Institutionen gibt.²³ Auch AMAN wiederholt in ihrem jüngsten Bericht für das Jahr 2021 umfassende Verweise auf Korruption und Intransparenz in der PA. Zum einen finde die Vergabe von wichtigen Positionen – insbesondere auch im Sicherheitssektor – intransparent statt. Diese würden unter dem Vorwand von „Sicherheitsgründen“ durch Personen in Machtpositionen vergeben, was eine Auswahl von Regimeloyalisten oder deren Verwandten zur Folge hat. Das ermögliche insbesondere, dass staatliche Institutionen der PA-Führung dienen sowie den Fortbestand des politischen Systems sichern würden, laufe jedoch dem öffentlichen Interesse zuwider. Das Ausbleiben von demokratischen Wahlen und die vor einigen Jahren erfolgte

¹⁸ [Al-Monitor](#): Saudis, Arab states drastically reduce aid to Palestinians.

¹⁹ [Abraham Accords](#)

²⁰ [AMAN](#): Fourteenth Annual Report - The State of Integrity and Combating Corruption in Palestine.

²¹ [European Council on Foreign Relations \(ECFR\)](#): Mapping Palestinian politics.

²² [Palestinian Center for Policy and Survey Research \(PSR\)](#): Public Opinion Poll No (87).

²³ [Palestinian Center for Policy and Survey Research \(PSR\)](#): Public Opinion Poll No (87).

Auflösung des Parlaments schwächen die Ambitionen der Verantwortlichen, Informationen öffentlich zugänglich zu machen und ihrer politischen Rechenschaftspflicht nachzukommen. Zum anderen würden Abweichler von der Regimelinie in den vorzeitigen Ruhestand entlassen, gekündigt oder auf unbedeutende Positionen versetzt. Die Haushaltsgestaltung und die tatsächlichen Ausgaben der PA seien intransparent und würden ohne Beteiligung zivilgesellschaftlicher Vertreter beschlossen. Zusätzlich sei das System zur Vermeidung von Interessenskonflikten in Entscheidungspositionen ineffizient und somit können entsprechende Positionen für eigene Zwecke ausgenutzt werden.²⁴

Diese Faktoren tragen zum Legitimitätsverlust der PA in der Bevölkerung bei und schwächen das Vertrauen in die staatlichen Institutionen. Die Lehrerstreiks sind dabei nur ein Beispiel von vielen. Der palästinensischen Organisation REFORM zufolge nehmen die Gewerkschaftsaktivitäten und die Anzahl der Streiks im Westjordanland seit Jahren zu,²⁵ was als Indikator für die wachsende Unzufriedenheit mit der PA gedeutet werden kann. In Zukunft kann es somit zu immer mehr Streiksituationen kommen, was die Stabilität der PA insgesamt weiter beeinträchtigt wird.

Im März sprach sich erstmals eine Mehrheit der Befragten Palästinenser dafür aus, die PA insgesamt aufzulösen.²⁶ Auch das ist ein Grund, der die Bereitschaft in der Gesellschaft, Steuern zu zahlen, verringert und den Wettbewerb zwischen staatlichen und zivilen Organisationen um Fördermittel verstärkt. Eine nachhaltige Entwicklung, insbesondere in Bezug auf die Etablierung demokratischer Strukturen und einer funktionsfähigen Volkswirtschaft, wird durch die damit einhergehende fehlende Kooperation – die eine langfristige Planungssicherheit, eine Gesamtstrategie sowie den gebündelten und

nachhaltigen Einsatz von Ressourcen ermöglichen würde – erschwert.

Keine palästinensische finanzielle Unabhängigkeit

Auch wenn die strukturellen Probleme innerhalb der PA hausgemacht sind, bleibt festzuhalten, dass der politische Gesamtkontext eine nachhaltige Entwicklung und palästinensische (wirtschaftliche) Unabhängigkeit nicht zulässt.

Gerne wird den Palästinensischen Gebieten im Allgemeinen und speziell dem Westjordanland mit der PA eine palästinensische Regierung zugeschrieben, wodurch sie für Probleme vor Ort zur Verantwortung gezogen und ihr eine grundlegende Regierungsunfähigkeit vorgeworfen werden kann. Die Realitäten vor Ort unter der israelischen Besatzung sind jedoch andere. Das Westjordanland wurde durch Oslo II in A-, B- und C-Gebiete aufgeteilt, die ungleichmäßig auf dem Territorium verteilt sind. Die PA hat allein in den A-Gebieten – lediglich 18 Prozent des Gesamtterritoriums – die volle Kontrolle. In den B-Gebieten ist sie für zivile Angelegenheiten zuständig, den Israelis kommt die Sicherheitsverantwortung zu. Die C-Gebiete unterliegen der vollständigen israelischen Kontrolle und machen den Großteil des Westjordanlands aus. Die PA ist somit nicht einmal dazu befugt, öffentliche Anliegen in allen Regionen zu bearbeiten.

Hinzu kommt, dass das korrupte und intransparente PA-System von Israel gestützt wird. Auch wenn offiziell regelmäßig scharfe Kritik an der PA-Führung geübt wird, haben sie und die israelische Regierung ein gemeinsames Interesse an ihrem Fortbestand und der damit verbundenen relativen Stabilität im Westjordanland. Im Angesicht der Finanzkrise und den Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst, die in erster Linie zu den Streiks geführt haben, stimmte Israel in einem Treffen zwischen Vertretern der PA, Israels,

²⁴ AMAN: Fourteenth Annual Report - The State of Integrity and Combating Corruption in Palestine.

²⁵ REFORM: In Light of the Birzeit University Crisis... An Ongoing Strike for Years.

²⁶ Palestinian Center for Policy and Survey Research (PSR): Public Opinion Poll No (87).

Ägyptens, Jordaniens und der USA in Aqaba im Februar 2023 der Freigabe von Zoll- und Steuereinnahmen an die PA zu.²⁷ Sobald also die PA in ernsthafte Bedrängnis gerät, zieht die israelische Regierung es vor die Gelder, die aus ihrer Sicht zur Terrorismusfinanzierung genutzt werden, doch freizugeben. Dieser übliche Mechanismus ist mit der derzeitigen Regierung allerdings nicht mehr selbstverständlich und so wurden die Ergebnisse von Aqaba auch Monate später nicht umgesetzt. Die Stabilität der PA scheint keine Priorität im israelischen Regierungshandeln zu besitzen. Mitarbeiter und führende Personen der PA machen sich daher ernsthafte Sorgen um das Fortbestehen ihrer Institution.

²⁷ [Times of Israel](#): Israel & PA renew vow to curb violence and halt unilateral moves at Egypt Summit.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Steven Höfner
Leiter des Auslandsbüros
Palästinensische Gebiete
www.kas.de/palaestinensische-gebiete

steven.hoefner@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)